

# Stadt Siegen

## NIEDERSCHRIFT

### über die 14. Sitzung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesens

vom: 21.03.2002  
von: 16:00 Uhr  
bis: 19:20 Uhr  
Ort: Rathaus Geisweid,  
Großer Sitzungssaal

#### Anwesend waren:

##### I. Vom Schul- und Bildungswesen

Höpfner-Diezemann, Ute - als Vorsitzende -  
Bertelmann, Hans-Günter  
Dietrich, Ulrich - für AM Trittman, Klaus bis 19.00 Uhr, TOP 3 n. ö. T. -  
Gierlich, Michael - für Stv Dittert, Katrin bis 18.25 Uhr, während TOP 12 ö. T. -  
Kleine, Sancho-Antonio  
Leonhardt, Traugott - für Stv Flohren, Angelika -  
Pfeifer, Joachim  
Sallen, Georg - für von der CDU-Fraktion noch nicht benanntes ordentl. Mitglied -  
Schleifenbaum, Dorothea  
Schmidt-Peters, Anna - für Stv Groß, Michael -  
Schuß, Lothar - ab 16.15 Uhr, TOP 5 ö. T. -  
Sintzen, Gerlinde  
Wolf, Marianne

##### II. Beratende Mitglieder:

Ax, Bernd  
Bär, Jochen  
Bernshausen, Egon  
Dzaak, Evelyne  
Elemenler, Muhammed  
Jüngst, Werner - für AM Dr. Karbach, Walter -  
Justus, Stefan  
Krämer, Ingrid  
Lange, Günter

Leonhardt, Helgard  
Rosenthal, Achim

Walenta, Nicole - bis 18.20 Uhr, TOP 11 ö. T. -

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

## **A. ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift werden bis 18.20 Uhr, TOP 11 ö. T., Frau Walenta, danach Herr Sallen (CDU-Fraktion) bestimmt.

**14. AfSUB 21.03.2002**

### **2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

**14. AfSUB 21.03.2002**

### **3. Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

**14. AfSUB 21.03.2002**

### **4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**

Es liegen keine Anträge vor.

**14. AfSUB 21.03.2002**

## 5. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

### Mündlicher Vortrag

Durch den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen wurde die Integration behinderter Kinder bislang stets unterstützend begleitet, so Frau Körper. Bereits bei Vorüberlegungen bezüglich der Einrichtung sonderpädagogischer Fördergruppen wurde deutlich, dass vor einer integrativen Beschulung umfangreiche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen und die Fragen der Finanzierung zu klären sind.

Das Konzept sonderpädagogischer Fördergruppen in der Sekundarstufe I sieht neben einem getrennten Unterrichtsangebot für behinderte und nichtbehinderte Kinder je nach Möglichkeit die Schaffung gemeinsamer Unterrichtseinheiten vor. Grundsätzlich können die Gruppen in jeder Schulform eingerichtet werden. Die Gruppengröße beträgt mindestens 3 und höchstens 8 Kinder.

Sollen sonderpädagogische Fördergruppen eingerichtet werden, so sind die Voraussetzungen (z. B. behindertengerechte Ausstattung, Lehr- bzw. Lernmittel, Personal) hierfür zu schaffen. Eine umfangreiche Prüfung anhand schulentwicklungsplanerischer Gesichtspunkte ist durchzuführen, um eine langfristig tragfähige Organisationsstruktur zu erhalten.

Im vergangenen Jahr wurde erstmals ein Antrag auf Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an die Haardter-Berg-Schule gerichtet. Die Schulkonferenz sah seinerzeit keine Möglichkeit der Umsetzung. Zwischenzeitlich ist die Nachfragesituation stärker geworden, momentan liegen 5 Anträge vor. Zur Thematik wird eine Vorlage erstellt, über die der Rat in seiner Sitzung am 19.06.2002 als Grundvoraussetzung zur Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe zu befinden hat. Die betreffende Schulkonferenz ist zu hören.

Herr Reichelt zeigt auf, dass die Überlegungen zur integrativen Beschulung auf dem Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 Grundgesetz) basieren. Vordergründiger als das Erreichen bestimmter Lernziele ist der Gedanke eines gemeinsamen Miteinanders von behinderten und nichtbehinderten Schülern. Er appelliert an die Ausschussmitglieder, diesbezügliche Wünsche von Eltern behinderter Kinder nach Möglichkeit zu respektieren.

Folgende Verfahrensschritte führen zur Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe:

- Antrag der Eltern auf integrative Beschulung,
- Information und Beratung des Schulträgers,
- Beteiligung der Schulkonferenz,
- Beratung in den politischen Gremien (Klärung der Gesamt-Nachfragesituation, der sächlichen und räumlichen Voraussetzungen und der Auswirkungen auf bestehende (Sonder)Schulen,
- Beschlussfassung über die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe mit Benennung der hierfür in Frage kommenden Schule,
- abschließende Entscheidung durch die Bezirksregierung.

Nachstehende Voraussetzungen müssen von der betreffenden Schule erfüllt werden:

- Integrations- bzw. Kooperationsbereitschaft,
- Benennungsmöglichkeit einer Partnerklasse in angemessener Größe,

- Entwicklung eines pädagogischen Konzeptes,
- Vorhandensein geeigneter Unterrichtsräumlichkeiten incl. behindertengerechter Ausstattung,
- Vorhalten therapeutischen bzw. pflegerischen Personals (der Einsatz von Zivildienstleistenden ist denkbar) und einer Sonderschullehrkraft,
- Beschaffung notwendiger Lehr- und Lernmittel.

Zuständig für die Realisierung eines Anspruches auf sonderpädagogische Förderung und für die Schaffung personeller Voraussetzung bezüglich der Sonderschullehrkraft ist das Schulamt. Für die Erfüllung sächlicher Voraussetzungen wird das Schulamt gemeinsam mit dem Schulträger sorgen. Bezüglich der Schaffung der räumlichen Voraussetzungen liegt die Alleinzuständigkeit bei dem Schulträger.

Frau Viehmann, die eine sonderpädagogische Fördergruppe an der Kreuztaler Deichwaldschule leitet, und Frau Sonnen, die integrativen Unterricht in der Grundschule Kaan-Marienborn durchführt, berichten aus ihrer praktischen Erfahrung. Anhand von Beispielen werden Unterrichtsabläufe und -phasen erläutert. Problematisch ist die Fassung der unterschiedlichen Förder- und Stundenpläne für jedes Kind in *ein* Konzept. Durch gemeinsame Beschulung wird nach anfänglichen Berührungängsten innerhalb kurzer Zeit Sozialverhalten in Form von gegenseitiger Rücksichtnahme gelernt.

Anschließend beantworten Herr Reichelt, Frau Viehmann und Frau Sonnen Fragen der Ausschussmitglieder.

Frau Schleifenbaum gibt zu bedenken, dass die gut funktionierenden Sonderschulen durch Einrichtung sonderpädagogischer Fördergruppen nicht gefährdet werden dürfen. Sie steht den, gemessen an Sonderschulen, höheren Kosten kritisch gegenüber.

Frau Höpfner-Diezemann hält fest, dass Integration in möglichst hohem Maß gewährleistet werden sollte.

Es sollten Wege gefunden werden, sonderpädagogische Fördergruppen einzurichten, meint Herr Pfeifer.

Eine Realisierung darf nicht auf Kosten etablierter Sonderschulen gehen, so Herr Bernshausen. Er befürchtet, dass hohe Ressourcen für Behinderte in diesen Gruppen gebunden werden, die dann gegenüber anderen Menschen mit ähnlichen Behinderungen bessergestellt sind.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

14. AfSUB 21.03.2002

## 6. Schulwegsicherung Mündlicher Bericht

Herr Sondermann führt aus, dass die Schulwegpläne als Element der Schulwegsicherung unter Beachtung des Unfallgeschehens in regelmäßigen

Zeitabständen aufgrund sich ändernder Verkehrssituationen bzw. Schuleinzugsbereiche fortgeschrieben werden. Auf Hinweise von Schulen bzw. Eltern werden in Kooperation der Straßenverkehrsbehörde und der Polizei immer wieder Verbesserungen in Verkehrsabläufen im Schulwegbereich vorgenommen. Eine wünschenswerte grundlegende Überarbeitung der Planunterlagen ist bislang nicht erfolgt. Nachbesserungsbedarf besteht insbesondere in der Aufnahme des Baugebietes Kohrweg in Kaan-Marienborn und in einer umfassenden Überprüfung des Areales Hammerhütte. Auszufeilen sind ebenfalls die Einzugsbereiche der Eichert- und der Gilbertschule. Im Fall der Grundschule Eisern werden die Belange der Schulwegsicherung im Rahmen der zur Zeit laufenden Verkehrsuntersuchung mitüberarbeitet. Nach Vorstellung der Straßenverkehrsbehörde kann die grundlegende Anpassung der Schulwegpläne in die anstehende Untersuchung sämtlicher Tempo-30-Zonen und der Anwohnerparkzonen integriert werden. Er hofft, die Ergebnisse nach Beteiligung der Bezirksausschüsse noch im Laufe dieses Jahres vorstellen zu können.

Frau Höpfner-Diezemann sind Klagen aus Eisern bekanntgeworden, dass beschlossene Maßnahmen seit 1 ½ Jahren nicht umgesetzt wurden. Aufgrund hoher Gefährdung der Schulkinder ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Wegen großen Verkehrsaufkommens (verursacht auch durch Hol- und Bringendienste) in der Straße „Am Sender“ sind Maßnahmen im Umfeld der Giersberggrundschule zu ergreifen, so die Schulleiterin dieser Einrichtung. Zu überdenken ist der Vorschlag, einen einseitigen befestigten Gehweg anzulegen. Ebenso ist eine Beleuchtung / Aufwertung der dort befindlichen Unterführung zu prüfen.

Handlungsbedarf sieht Frau Schmidt-Peters auch im Bereich der Friedrich-Flender-Grundschule in Weidenau.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

### **Beschluss (auf Antrag von Frau Schmidt-Peters):**

Die Verwaltung wird beauftragt, sämtliche Hinweise auf Gefahrenpotentiale und Unzulänglichkeiten bezüglich der Schulwege in einer Aufstellung zu erfassen und einer Bewertung auf tatsächlichen Bedarf zu unterziehen. Kosten für notwendige Maßnahmen sind zu ermitteln. Eine Prioritätenliste ist zu erstellen, aus der hervorgeht, welche Maßnahme wann umgesetzt werden soll.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**

**14. AfSUB 21.03.2002**

### **7. Anmeldezahlen an den Gesamtschulen der Stadt Siegen**

Vorlagennr. 1791/2002

Herr Bär wünscht eine Bezifferung der Seiteneinsteiger in die Gesamtschulen.

Herr Keßler sagt eine Stellungnahme zur Niederschrift zu.

*Anmerkung zur Niederschrift:*

- *Seiteneinsteiger Bertha-von-Suttner-Gesamtschule:  
31 Personen, davon 21 aus Siegen, 10 aus anderen Gemeinden.*
- *Seiteneinsteiger Gesamtschule Eiserfeld:  
33 Personen, davon 13 aus Siegen, 20 aus anderen Gemeinden.*

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**14. AfSUB 21.03.2002**

**8. Anmeldezahlen an den Grundschulen, Realschulen und Gymnasien der Stadt Siegen**

Vorlagennr. 1798/2002

Auf Frage von Herrn Sallen antwortet Herr Keßler, dass Anmeldezahlen für die Aufbaurealschule Am Oberen Schloss aufgrund der Einführung der Orientierungsstufe nicht mehr erfasst werden.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**14. AfSUB 21.03.2002**

**9. Pauschale Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Aufwendungen im Schulbereich (Schulpauschale)  
hier: Erlass des Innenministeriums NRW vom 08.01.2002**

Vorlagennr. 1800/2002

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**14. AfSUB 21.03.2002**

**10. Baubedarfsnachweis für die Schulen in städtischer Schulträgerschaft  
hier: Zuordnung von Instandsetzungsmaßnahmen zu den Teilhaushalten**

Vorlagennr. 1799/2002

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

14. AfSUB 21.03.2002

**11. Bauliche Unterhaltung der Schulgrundstücke im Haushaltsjahr 2002**

Vorlagennr. 1780/2002

Herr Pfeifer kritisiert, dass die Höhe der in das jeweils kommende Haushaltsjahr zu übernehmenden unerledigten Aufträge von Jahr zu Jahr steigt.

Haushaltsreste lassen sich aufgrund der Haushaltssystematik nicht vermeiden, so Herr Dr. Rohr. Im laufenden Jahr soll das Maßnahmenprogramm auch mittels externer Auftragsvergaben weitestgehend abgearbeitet werden.

Frau Höpfner-Diezemann bittet, den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen regelmäßig über den Bearbeitungsstand zu informieren.

Seines Erachtens sollten aus hygienischen und allergischen Gründen Teppichböden als Fußbodenbelag in Schulen möglichst vermieden werden, bringt Herr Bertelmann zum Ausdruck.

Herrn Schuß ist aufgefallen, dass zahlreiche Brandschutzmaßnahmen aufgeführt sind.

Herr Krieger unterrichtet, dass sich die Vorschriften bezüglich des Brandschutzes wesentlich geändert haben. Bei Neu- und Umbauten sind diese zwangsläufig zu berücksichtigen. Probleme ergeben sich im Bereich älterer Gebäude. Hier ist in jedem Einzelfall eine Abwägung zwischen dem Bestandsschutz und den aus den geänderten Normen resultierenden sicherheitsrelevanten Aspekten vorzunehmen. Kurzfristig wird zu dieser Thematik ein Gespräch stattfinden, an dem die Abteilungen Bauaufsicht, Feuerwehr, Schule und Hochbau teilnehmen. Über die Ergebnisse wird er den Ausschuss in einer der nächsten Sitzungen in geeigneter Form informieren.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen beschließt das anliegende Maßnahmenprogramm für die bauliche Unterhaltung der Schulgrundstücke im Haushaltsjahr 2002. Dies geschieht unter dem Vorbehalt, dass die zur Verfügung

stehenden Haushaltsmittel nicht für kurzfristig anfallende unaufschiebbare Maßnahmen einzusetzen sind.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen****12. Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach**

Vorlagennr. 1756/2002

Frau Höpfner-Diezemann dankt der Verwaltung ausdrücklich für die aufschlussreiche Vorlage.

Frau Sintzen beklagt vor dem Hintergrund gestiegener Schülerzahlen die mangelhafte räumliche Ausstattung der Hauptschule Achenbach und fordert die möglichst umgehende Erstellung des Anbaues.

Es ist ein Warnsignal darin zu sehen, dass sich die Schülerzahlen allgemein rückläufig entwickeln, im Haupt- und Sonderschulsektor jedoch steigen, so Herr Pfeifer. Die Ergebnisse der Pisa-Studie sieht er hierin bestätigt.

Die Feststellung des Fehlbedarfes an Räumlichkeiten in der Geschwister-Scholl-Schule müsste in entsprechende Maßnahmen münden, fordert Herr Bieneck. Die Prognose sinkender Schülerzahlen zweifelt er stark an.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die bauliche Erweiterung der

- Hauptschule Eiserfeld und der
- Hauptschule Achenbach

in dem im Einzelnen in der Vorlage dargestellten Umfang. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2003 ff haushaltsverträglich (ohne Ausweitung der Netto-Neuverschuldung) zu veranschlagen.

**Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**



## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich 4/1  
Bearbeitet von: Herren Keßler und Sachsze

Datum  
27.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

**Schul- und Bildungswesen**

**21.03.2002**

Betreff:

### **Anmeldezahlen an den Gesamtschulen der Stadt Siegen**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt Kenntnis.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

In der Zeit vom 28. Januar bis 01. Februar 2002 bestand die Möglichkeit der Anmeldung bei den beiden Gesamtschulen für das Schuljahr 2002/03.

Nach Rückmeldung der beiden Gesamtschulen stellt sich die Aufnahmesituation für das Schuljahr 2002/03 wie folgt dar (in Klammern = Zahlen des Vorjahres):

Schule	Anmeldungen:		Aufnahmen:		Ablehnungen:	
	gesamt:	davon aus Stadtgebiet Siegen	gesamt:	davon aus Stadtgebiet Siegen	gesamt:	davon aus Stadtgebiet Siegen
Bertha-v.-Suttner- Gesamtschule	<b>301</b> (286)	<b>212</b> (206)	<b>150</b> (150)	<b>103</b> (105)	<b>151</b> (136)	<b>109</b> (101)
Gesamtschule Eiserfeld	<b>210</b> (206)	<b>119</b> (122)	<b>116</b> (116)	<b>66</b> (70)	<b>94</b> (90)	<b>53</b> (52)
<b>Summe:</b>	<b>511</b> (492)	<b>331</b> (328)	<b>266</b> (266)	<b>169</b> (175)	<b>245</b> (226)	<b>162</b> (153)

**Auswahlverfahren:**

Die schulinternen Gremien beider Schulen haben die Kriterien für das Auswahlverfahren festgelegt. Die Erziehungsberechtigten erhalten kurzfristig von den jeweiligen Schulen Mitteilung.

Die Zahl der Anmeldungen hat sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 19 Anmeldungen erhöht. Für die Anmeldezahlen aus dem Stadtgebiet der Stadt Siegen ist nur eine geringe Steigerung von 3 Anmeldungen festzustellen.

Bei **9 Eingangsklassen** (Siegen = 5, Eiserfeld = 4) mit einer Kapazität von **je 28 - 30** ergibt sich eine **Aufnahmekapazität von 252 bis 270** Schüler/innen, so dass bei ausschließlicher Berücksichtigung des **örtlichen Bedarfes** lediglich **61 bis 79** Siegener Anmeldungen nicht berücksichtigt würden. Die Pflicht zur Errichtung einer (weiteren) Gesamtschule ist nach der Rechtsprechung auf den **örtlichen Bedarf** abzustellen. Hierbei gilt ein Bedarf als unterstellt, sofern die Zahl der abgewiesenen Schüler/innen die Zahl von 112 (Mindestzügigkeit 4 x 28 Schüler/innen) übersteigt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

#### Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

I.A.

Körper  
Fachbereichsleiterin

Anlagen: 1 (Verteilung der Anmeldungen nach Wohnorten)

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich 4/1  
Bearbeitet von: Herren Sachsze und Keßler

Datum  
04. März 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Schul- und Bildungswesen**

**21.03.2002**

---

Betreff:

**Anmeldezahlen an den Grundschulen, Realschulen und Gymnasien der Stadt Siegen**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

In der Zeit vom 15. Februar bis 28. Februar 2002 bestand die Möglichkeit der Anmeldung an den Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien der Stadt Siegen für das Schuljahr 2002/2003. Die Anmeldung für die Grundschulen fand am 09. Januar 2002 statt.

Aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit werden die Anmeldezahlen der Hauptschulen zum jetzigen Zeitpunkt nicht statistisch ausgewertet, sondern erstmals im Herbst in der Schulstatistik erfasst, da schulformbedingt sich diese Zahlen noch sehr stark nach oben bewegen.

Veränderungen für die übrigen Schulformen sind nur in geringfügigem Maße zu erwarten.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

I.A.

Körper  
Fachbereichsleiterin

Anlagen: 2

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich 4/1  
Bearbeitet von: Herrn Klaus

Datum  
04.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Schul- und Bildungswesen**

**21.03.2002**

---

Betreff:

**Pauschale Zuweisungen zur Unterstützung kommunaler Aufwendungen im Schulbereich (Schulpauschale)**  
**hier: Erlass des Innenministeriums NRW vom 08.01.2002**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt Kenntnis

### **Sachverhalt / Begründung:**

Mit der Schulpauschale soll den Kommunen mehr Spielraum verschafft werden. Die Mittel werden den Städten und Gemeinden entsprechend ihrer Schülerzahlen zugewiesen. Die Kommunen können eigenverantwortlich entscheiden, was sie mit dem Geld im Bereich Schulneubau, Schulerweiterung, Einrichtung und Ausstattung von Schulgebäuden oder Schulsportanlagen bewirken wollen.

Die Schulpauschale erfasst auch die Ausstattung mit neuen Medien. Außerdem können die Kommunen die Mittel für die Sanierung von Schulbauten oder auch für alternative Finanzierungsvorhaben (Mieten, Pachten Leasing) verwenden.  
Mit der Schulpauschale entfällt die starre Festlegung der Mittel auf Projektförderungen.

Eine teilweise Verwendung der Schulpauschale erfolgt durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel im städtischen Haushalt 2002 mit 1,4 Mio. € in der Bauunterhaltung, 100000 € bei der Einrichtung und 170000 € im Bereich Technikausstattung (neue Medien).

Der Erlass des Innenministeriums NRW vom 08.01.2002 ist als Anlage zur Kenntnisnahme beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt  <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

i.A.

Körper  
Fachbereichsleiterin

Anlagen: 1

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 3  
Fachbereich 3/1 - Kämmerei  
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum  
04.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Ausschuss für Schul- und Bildungswesen**

**21.03.2002**

---

Betreff:

**Baubedarfsnachweis für die Schulen in städtischer Schulträgerschaft  
hier: Zuordnung von Instandsetzungsmaßnahmen zu den Teilhaushalten**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

### **Sachverhalt / Begründung:**

In der 12. Sitzung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen am 13.12.2001 wurde folgender Beschluss gefasst:

*"Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen des Rates der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, anhand der Vorgehensweise anderer Kommunen die haushaltsmäßige Veranschlagung von Instandsetzungsmaßnahmen im Schulbereich, mit denen ein Wertzuwachs verbunden ist, zu überprüfen."*

### **Ergebnis der verwaltungsseitig vorgenommenen Überprüfung**

Gemäß § 78 Absatz 2 der Gemeindeordnung - GO - ist der Haushaltsplan in einen Verwaltungs- und einen Vermögenshaushalt zu gliedern. Für die Zuordnung von Einnahmen und Ausgaben zu diesen beiden Teilhaushalten kommt es grundsätzlich darauf an, ob eine Einnahme oder Ausgabe vermögenswirksam ist oder nicht.

Die Abgrenzung des Verwaltungshaushaltes zum Vermögenshaushalt wird in § 1 der Gemeindehaushaltsverordnung – GemHVO - in Form eines Ausschließlichkeitskataloges beschrieben.

Gemäß § 1 Absatz 1 Ziffer 7 GemHVO umfasst der Vermögenshaushalt auf der Ausgabenseite u. a. die

### **Ausgaben für die Veränderung des Anlagevermögens.**

Zum Anlagevermögen gehören gem. § 45 Ziffer 2 GemHVO die Teile des Vermögens, die dauernd der Aufgabenerfüllung dienen (u. a. auch Grundstücke einschließlich aufstehender Bauten).

Bei Baumaßnahmen, die zum einen die Ausführung von Bauten (Neu-, Erweiterungs- und Umbauten) und zum anderen die Unterhaltung baulicher Anlagen umfassen, ist nach den "Zuordnungsvorschriften zum Gruppierungsplan der Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände" zu unterscheiden zwischen den **Ausgaben für Investitionen (Herstellungsaufwand)** und den **Ausgaben für die Unterhaltung (Erhaltungsaufwand)**.

**Herstellungsaufwand** ist danach im **Vermögenshaushalt** und **Erhaltungsaufwand** im **Verwaltungshaushalt** nachzuweisen.

**Herstellungsaufwand** und damit Ausgaben für Investitionen liegen vor, wenn durch eine Baumaßnahme neues Sachvermögen geschaffen oder vorhandenes vermehrt wird. Aufwendungen für die Erneuerung von bereits in den Herstellungskosten eines Gebäudes enthaltenen Teilen, Einrichtungen oder Anlagen sind nur dann als Herstellungskosten des Gebäudes zu behandeln, wenn sie so artverschieden sind, dass die Baumaßnahme nach der Verkehrsanschauung nicht mehr in erster Linie dazu dient, das Gebäude in seiner bestimmungsgemäßen Nutzung zu erhalten, sondern etwas Neues, bisher nicht Vorhandenes zu schaffen. Herstellungsaufwand liegt in diesen Fällen nur vor, wenn das Gebäude durch die Baumaßnahme in seinem Wesen erheblich verändert oder über seinen bisherigen Zustand hinaus deutlich verbessert wird. Eine deutliche Verbesserung ist dabei jedoch nicht schon deswegen anzunehmen, wenn mit notwendigen Erhaltungsmaßnahmen eine dem technischen Fortschritt entsprechende übliche Modernisierung verbunden ist.

Ausgaben, die unabhängig von ihrer Größenordnung lediglich dazu dienen, Gegenstände (bewegliche und unbewegliche Sachen des Anlagevermögens) in einem ordnungsgemäßen Zustand zu unterhalten, sind **Erhaltungsaufwand**. Hauptmerkmal dieser Ausgaben ist, dass sie durch die gewöhnliche Nutzung des Gegenstandes veranlasst werden.

### **Fazit**

Die in den Baubedarfsnachweisen (Anlagen zur Verwaltungsvorlage Nr. 1599/01 vom 22.11.2001) vorgenommenen Zuordnungen der Ausgaben zum Verwaltungshaushalt sind - unter Würdigung der vorstehenden Ausführungen - haushaltsrechtlich nicht zu beanstanden.

Da die vorstehend angeführten haushaltsrechtlichen Bestimmungen für alle Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen bindend sind, wurde von einer Umfrage zur Vorgehensweise anderer Kommunen abgesehen.

Im Auftrag

Weber  
Fachbereichsleiter 3



Anlagen: 0

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2 und 4

Fachbereich 4/1

Bearbeitet von: Herrn Keßler (4/1) und Herrn Pucker (7/5)

Datum

28. Februar 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

---

**Schul- und Bildungswesen**

**21.03.2002**

---

Betreff:

**Bauliche Unterhaltung der Schulgrundstücke im Haushaltsjahr 2002**

---

### **Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen beschließt das anliegende Maßnahmenprogramm für die bauliche Unterhaltung der Schulgrundstücke im Haushaltsjahr 2002. Dies geschieht unter dem Vorbehalt, dass die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht für kurzfristig anfallende unaufschiebbare Maßnahmen einzusetzen sind.

### **Sachverhalt / Begründung:**

Für die bauliche Unterhaltung der Schulgrundstücke einschließlich Schulgebäude und Turnhallen sind im Entwurf des Haushaltsplanes 2002 -Verwaltungshaushalt- 1.935.000,00 Euro veranschlagt.

Darüber hinaus sind zur teilweisen Verwendung der sogenannten „Schulpauschale“ zusätzliche Mittel in den Verwaltungshaushaltsentwurf in einer Größenordnung von 1.400.000,00 Euro in die einzelnen Unterabschnitte (Gruppierungsziffer 5010) für die bauliche Unterhaltung eingestellt worden.

Die im Haushalt 2001 zur Deckung der Baumaßnahmen „Hallenbad Löhrtor“ aus den Haushaltsstellen der Bauunterhaltung Schulen umgewidmeten Mittel werden in 2002 als übertragener Haushaltsrest dem „Schulhaushalt“ wieder zur Verfügung gestellt (siehe auch Sitzung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen am 24.01.2002).

Mithin stehen 3.335.000,00 Euro im Haushaltsplanentwurf (Bauunterhaltung zuzüglich Schulpauschale) und ca. 306.000,00 Euro (600.000,00 DM) als übertragener Haushaltsrest, insgesamt also 3.641.000,00 Euro in 2002 für die Bauunterhaltung der Schulen zur Verfügung.

Als „Vorbelastung“ sind in das Bauunterhaltungsprogramm in 2001 erteilte aber

noch nicht abgerechnete Aufträge in einer Größenordnung von rund 571.000,00 Euro zu berücksichtigen. Diese Aufträge wurden schulformscharf in die Bauunterhaltungsprogramme jeweils als Summe aufgenommen.

Die Mittel teilen sich nach Schulformen wie folgt auf:

Haushalts- stelle	Schulform	Nachricht- lich:	Nachrichtlich:	Summe: Maßnahme- programm
		Haushalts- ansatz 2002	Unerledigte Aufträge aus 2001	
Euro				
1.210.5000.5 1.210.5010.2 Anteil Haushaltsrest	Grundschulen	500.000,00 315.000,00 <u>123.000,00</u> 938.000,00	229.000,00	938.000,00
1.215.5000.8 1.215.5010.5 Anteil Haushaltsrest	Hauptschulen	315.000,00 235.000,00 <u>58.000,00</u> 608.000,00	110.000,00	608.000,00
1.220.5000.9 1.220.5010.6 Anteil Haushaltsrest	Realschulen	370.000,00 190.000,00 <u>23.000,00</u> 583.000,00	43.000,00	583.000,00
1.230.5000.2 1.230.5010.0 Anteil Haushaltsrest	Gymnasien	500.000,00 250.000,00 <u>50.000,00</u> 800.000,00	93.000,00	800.000,00
1.270.5000.7 1.270.5010.4 Anteil Haushaltsrest	Sonderschulen	70.000,00 90.000,00 <u>25.000,00</u> 185.000,00	46.000,00	185.000,00
1.280.5000.0 1.280.5010.8 Anteil Haushaltsrest	Gesamtschulen	180.000,00 320.000,00 27.000,00 527.000,00	50.000,00	527.000,00
Summe:	Alle Schulen	3.435.000,00 abzüglich 100 TEuro für Mobiliar (Schul- ausschuss 24.1.02)	571.000,00	3.641.000,00 incl. 306.000,00 Euro Haushaltsrest

**Die jeweiligen Haushaltsansätze der Bauunterhaltung (1....5000..) sind gegenseitig deckungsfähig.**

Wie in den vergangenen Jahren müssen auch in 2002 im schulischen Bereich Prioritäten gesetzt werden, um mit den veranschlagten Haushaltsmitteln mindestens die dringend notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen durchführen zu können.

Unter Umständen ist aber auch noch eine Korrektur des vorgelegten Programms notwendig, falls die Beseitigung entstehender größerer Schäden Vorrang haben sollte. Vorrangig werden substanzerhaltende Maßnahmen ausgeführt und sicherheitstechnische Mängel beseitigt.

In Bezug auf Brandschutz sind die Bestimmungen, die die Vorkehrungen für den baulichen Brandschutz betreffen, infolge der neuen Schulbaurichtlinien erheblich verschärft worden. Für die Kommunen gilt es daher, die Altgebäude auf ihren Zustand zu überprüfen und ggf. Maßnahmen in Abstimmung mit der Bauordnungsbehörde und der Feuerwehr in die Wege zu leiten. Diese Überprüfung ist nunmehr in einem 5-Jahres-Rhythmus für alle Schulgebäude vorgeschrieben. In diesem Zusammenhang wird nochmals auf die noch ausstehenden Bedarfsfeststellungen aufgrund dieser zur Zeit erstmals in diesem Umfang durchgeführten Besichtigungen hingewiesen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
3.641.000,00		3.641.000,00	Schulpauschale	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 3.335.000,00 € Ansätze und 306.000,00 € Haushaltsrest	Haushaltsstelle 1.210.5000.5 bis 1.280.5000.0 und 1.210.5010.2 bis 1.280.5010.6
-----------------------------------	---	-------------------------------	---	---

I.A.

Körper  
Fachbereichsleiterin

Anlagen: 6

## **VERWALTUNGSVORLAGE**

Geschäftsbereich 2  
Fachbereich 4/1  
Bearbeitet von: Herbert Keßler

Datum  
18. Februar 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

<b>Schul- und Bildungswesen</b>	<b>21.03.2002</b>
<b>Haupt- und Finanzausschuss</b>	<b>10.04.2002</b>
<b>Bezirksausschuss VI-Eiserfeld</b>	<b>17.04.2002</b>
<b>Bezirksausschuss V - West</b>	<b>22.04.2002</b>
<b>Rat</b>	<b>24.04.2002</b>

Betreff:

### **Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach**

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die bauliche Erweiterung der Hauptschule Eiserfeld und der Hauptschule Achenbach in dem im Einzelnen in der Vorlage dargestellten Umfang. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2003 ff haushaltsverträglich (ohne Ausweitung der Netto-Neuverschuldung) zu veranschlagen.

#### **Sachverhalt / Begründung:**

Die Stadt Siegen unterhält sechs Hauptschulen:

- Hauptschule Achenbach (Stadtteil Achenbach)
- Albertus-Magnus-Schule (Stadtteil Siegen-Alt)
- Geschwister-Scholl-Schule (Stadtteil Geisweid)
- Haardter-Berg-Schule (Stadtteil Weidenau)
- Hauptschule Eiserfeld (Stadtteil Niederschelden)
- Winchenbachschule (Stadtteil Siegen-Alt).

## I. Prognose:

### Allgemeine Anmerkungen:

Eine zuverlässige Prognose über die Schülerzahlenentwicklung ist weiterhin problematisch. Wenngleich sich erste Erfahrungen wegen der Entwicklung des Elternwahlverhaltens bezüglich der Schulformempfehlung nach der vierten Klasse ergeben haben, sind hier Schülerzahlenentwicklungen feststellbar, die weder die Prognose des SEP bestätigen noch sich in der rein mathematischen neuen Prognose wiederfinden.

Der im Rahmen der Schulentwicklungsplanung 1998 - 2003 unterstellte **Rückgang** der Schülerzahlen im Hauptschulbereich **ist nicht eingetreten. Vielmehr ist eine kontinuierliche Schülerzahlensteigerung im Hauptschulbereich feststellbar.**

Der Vergleich Prognose zum Ist verdeutlicht dies:

***Ist-Schülerzahl im Schuljahr 1998/1999*** **= 1560**

Vergleich Prognose laut SEP 1998-2003 zum Ist:		
Schuljahr	Schülerzahlen <b>prognose</b> lt. SEP 1998-2003	IST-Schülerzahl
1999/2000	1579	1595
2000/2001	1571	1611
2001/2002	1596	1659

Dabei ist festzustellen, dass die Prognose bezüglich der Eingangsklasse 5 (Wechsel von Grund- zur Hauptschule) nur geringfügig von den tatsächlichen Anmeldezahlen abweicht, jedoch ein erheblich höherer Anteil der Schulformwechsel nach Klasse 5 und 6 zur Hauptschule eingetreten ist, als prognostiziert wurde.

Hinzu kommt eine erhebliche Steigerung bei der Hauptschule „Haardter Berg“ die ursächlich mit der Aufgabe der Anne-Frank-Schule in Netphen-Dreis-Tiefenbach erklärbar ist.

Die bisher erheblichen Wechsel zur Hauptschule innerhalb der Sekundarstufenlaufbahn I schlagen sich rechnerisch noch nicht in vollem Umfang in der neuen Prognose nieder. Es ist daher damit zu rechnen, dass auch diese Prognose nach oben zu korrigieren sein wird.

Zwar ist für die mittelfristige Planung zu beachten, dass die Gesamtzahl der Grundschülerinnen und Grundschüler rückläufig ist. Offensichtlich trifft diese rückläufige Grundschülerzahl entgegen der rechnerischen Aufteilung für den Hauptschulbereich nicht in diesem Umfang zu. Erklärung hierfür könnte sein, dass die Schülerzahlen bezogen auf diese Schulform nicht (bzw. nicht in diesem Umfang) rückläufig sind. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass die Schülerzahlen der Hauptschulen sich auf dem jetzigen Niveau einpendeln werden und damit deutlich über der Prognose der Schulentwicklungsplanung 1998 – 2003 liegen.

**Dies bedeutet aber auch, dass schulorganisatorische Maßnahmen zur Lösung der Raumprobleme an den bestehenden Schulen nicht greifen können und günstigs-tenfalls bei der Geschwister-Scholl-Schule der erwartete Rückgang der Schülerzahlen zur Lösung der Raumprobleme dieser Schule beitragen könnte.**

## **II. Erweiterungsbedarfe:**

### **Allgemeine Anmerkungen:**

Für Hauptschulen gilt als „Mindestgröße“ eine Zweizügigkeit. Dabei geht der Landesgesetzgeber davon aus, dass kleinere Hauptschulen kein geordnetes Schulangebot unterbreiten können und daher nur in begründeten Ausnahmefällen aufrecht erhalten werden dürfen. Diese landesgesetzliche Regelung resultiert auch und insbesondere mit Blick auf den zieldifferenten Unterricht in Klasse 10 (Hauptschulabschluss und Fachoberschulabschluss) aus einem bildungspolitischen Sachzwang.

Die aus Jahrgangsstufe 9 zu übernehmenden Schülerinnen und Schüler müssen zahlenmäßig die Bildung von zwei zieldifferenten Schulabschlüssen ermöglichen. Ein Wechsel der Schule in den Klassen 9 und 10 ist rechtlich unzulässig und auch pädagogisch nicht vertretbar.

Die Alternative einer einzügigen Hauptschule (z.B. durch Veränderung der Einzugsbereiche) ist daher nicht zu prüfen. Denkbar wäre nur die Komplettaufgabe eines Schulstandortes. Hierzu verweise ich auf die ausführliche Prüfung und Verneinung dieser Möglichkeit im Rahmen des Schulentwicklungsplanes 1998 bis 2003. Da gegenläufig zu den damaligen Prognosen die heutigen Schülerzahlen ein erheblich höheres Niveau aufweisen, kann eine erneute Darstellung der fehlenden Umsetzbarkeit entfallen. Im Übrigen ist darauf zu verweisen, dass selbst bei Außerachtlassung des Verbotes der Einzügigkeit keine Schule in der Lage wäre, die erforderliche Auffüllung der Klassen auf

rechnerisch 30 Schülerinnen und Schüler durchgängig durch alle Jahrgangsstufen sicher zu stellen, so dass innerhalb einer Schullaufbahn ein mehrfacher Wechsel der Schule durch die einzelnen Schülerinnen und Schüler erforderlich wäre. Dies ist rechtlich nicht zulässig und wäre auch pädagogisch nicht vertretbar. Alternativ bliebe die Erhöhung der Zügigkeit (mit entsprechendem Bauvolumen) bei einer Schule, um einen Standort aufzugeben.

Auf eine entsprechende Vergleichsberechnung der Baukosten wird verzichtet, da die in Frage kommenden Schulen „Achenbacher Schule“ und „Eiserfelder Schule“ in der Zusammenlegung bei den aktuellen Schülerzahlen mit Ausnahme von 3 Klassen zu einer 4zügigen Hauptschule würden und damit das Bauvolumen erheblich über den geplanten Erweiterungsbauten liegen würde. Auf die schulfachlichen Bedenken einer „Verschmelzung“ braucht daher nicht eingegangen werden.

**Es verbleibt letztlich bei dem bereits im Schulentwicklungsplan festgehaltenen Erweiterungsbedarfen für die Hauptschulen Achenbach und Eiserfeld.**

Der räumliche Ist-Zustand der einzelnen Hauptschulen ist unter dem Gesichtspunkt dieser Vorbemerkungen wie folgt zu bewerten:

### **Einzelschulische Bewertung:**

#### **Hauptschule Achenbach**

Wie bereits seit Schuljahr 1994/1995 (186 Schülerinnen und Schüler) werden die Schülerzahlen an der Hauptschule Achenbach im Prognosezeitraum weiter ansteigen und sich mittelfristig bei ca. 240 bis 260 Schülerinnen und Schülern einpendeln. Die Schule ist damit gefestigt zweizügig.

Diese Entwicklung dürfte Folge der Neubelegung der ehemaligen belgischen Liegenschaften sein.

Die zur Zeit vorhandenen Fehlflächen, insbesondere bei den Fachräumlichkeiten machen einen **kurzfristigen Erweiterungsbau unabdingbar notwendig**.

Nachdem die Bezirksregierung Arnsberg in ihrer Stellungnahme zum SEP im Juni 1998 bereits für die Hauptschule Achenbach (ebenso Geschwister-Scholl-Schule und Albertus-Magnus-Schule) die teilweise erheblichen Defizite im Bereich der Fachräume zur Bearbeitung angemahnt hat, sind hier die Möglichkeiten der Doppelnutzungen von Räumen durch die gestiegene Schülerzahl noch weiter eingeschränkt worden. Mittler-



weile müssen alle Klassenräume als solche genutzt werden. Ergänzend ist anzumerken, dass der Gemeindeunfallversicherungsverband die Bewertung der Schulverwaltung bezüglich des derzeit als Werkraum genutzten Raumes dergestalt konkretisiert hat, dass er eine solche Nutzung nur duldet, da von einer schnellen Aufgabe dieser Nutzung nach Umbau ausgegangen wird. Hieraus ergibt sich ein weiterer Verweis auf die Dringlichkeit der Baumaßnahme.

Für den Erweiterungsbau wurde aufgrund eines schon reduzierten Bedarfes (unter Raumprogrammempfehlungen liegend) ein Zuschussantrag bei der Bezirksregierung gestellt. Durch die Umstellung der Landesförderung auf Pauschalförderung wird der vorgesehene Bauumfang weiter reduziert. Das bisherige Raumprogramm, dass von 1.015 m<sup>2</sup> neu zu schaffenden Schulraum (darin enthalten 300 m<sup>2</sup> im Bestand = 715 m<sup>2</sup> neu) ausging, wird aufgrund des Wegfalls der Förderrichtlinien und –voraussetzungen nochmals reduziert auf nunmehr 630 m<sup>2</sup> zuzüglich Umbauarbeiten im Bestand.

Diese Reduzierung resultiert im Schwerpunkt auf Umplanungen im Verwaltungstrakt die eine Weiternutzung des hauswirtschaftlichen Bereiches durch Vergrößerung erreichen, einer Doppelnutzung des Raumes für textiles Gestalten mit Kunst sowie einigen internen Raumumnutzungen um im reduzierten Umfang (Kellergeschoß) Bibliothek anbieten zu können und den Verwaltungsbereich (fehlende Räume für Konrektor, Elternsprechzimmer, Erste-Hilfe- Raum, Schülermitverwaltung bzw. Streitschlichterzimmer) zu erweitern. Die Reduzierung wurde mit der Schulleitung abgesprochen.

Details der geplanten Erweiterung sind aus dem Raumprogramm (Anlage 3, Blatt 1) entnehmbar.

Eine Kostenschätzung auf dieser Basis ist beigelegt (Anlage 4, Blatt 2+3).

### **Hauptschule Eiserfeld**

Die Schule verzeichnet seit Beginn der neunziger Jahre, von Schwankungen abgesehen, rückläufige Schülerzahlen. Vom Schuljahr 1998/1999 bis zum Ende des Prognosezeitraumes bleiben die Schülerzahlen konstant, so dass die Schule auch mittelfristig zweizügig geführt wird.

In der Schulentwicklungsplanung wurde bereits festgeschrieben, dass ein ersatzloser Abriss des baulich abgängigen Pavillons einem geordneten Schulbetrieb entgegen steht.

Im Rahmen des Investitionscontrolling „Realschule Am Hengsberg“ wurde auch der Baubedarf der Hauptschule Eiserfeld geprüft und festgestellt. Der unter schulfachlicher

Sicht als Minimum noch zu vertretende Baubedarf wird mit 680 m<sup>2</sup> errechnet. Durch den Wegfall der Projektförderung des Landes im Schulbaubereich sind hiervon noch geringfügige Reduzierungen vertretbar. Diese beschränken sich jedoch auf eine Reduzierung des Bibliotheksbereiches von 150 m<sup>2</sup> auf 75 m<sup>2</sup> und die Weiternutzung des im Mehrzweckraum errichteten Informatikraumes. Der durch diese Umnutzung nicht mehr bestehende Mehrzweckraum wird künftig ebenfalls im Wege von Doppelnutzung anderer Räumlichkeiten nicht in die Baunotwendigkeit aufgenommen. Der Bauumfang reduziert sich durch diese Veränderungen nochmals auf nunmehr 515 m<sup>2</sup> zuzüglich Umbauarbeiten im Bestand. Diese Reduzierung wurde mit der Schulleitung abgesprochen.

Auch für dieses Schulgebäude ist festzuhalten, dass der derzeit als Werkraum genutzte Raum nicht den Anforderungen des GUVV entspricht.

Details der geplanten Erweiterung sind aus dem Raumprogramm (Anlage 3, Blatt 2) entnehmbar.

Eine Kostenschätzung auf dieser Basis ist beigelegt (Anlage 4, Blatt 4).

### **Albertus-Magnus-Schule**

Trotz einiger Schwankungen steigt die Schülerzahl, wie bereits in den letzten Jahren, bis zum Ende des Prognosezeitraumes leicht an. Die Schule wird weitestgehend zweizügig (vereinzelt dreizügig) geführt werden. Das Raumprogramm der Albertus-Magnus-Schule ist ausreichend und entspricht im Wesentlichen den Grundsätzen für die Aufstellung von Raumprogrammen für allgemeinbildende Schulen und Sonderschulen. Einzelne Räumlichkeiten liegen z.T. erheblich unter den empfohlenen Größen der Raumprogrammempfehlungen. Das nicht vorhandene Forum kann bei Bedarf durch die Turnhalle kompensiert werden, die übrigen Fehlflächen werden durch Umnutzung/Mehrfachnutzung von Räumen aufgefangen. Nebenraumflächen sind nur gering vorhanden. Hier ist längerfristig mit einer durchgehenden Zweizügigkeit (ggf. Veränderungen der Einzugsgebiete zulasten der Winchenbach bzw. Haardter Berg Schule) Abhilfe zu schaffen.

### **Geschwister-Scholl-Schule**

Die Geschwister-Scholl-Schule verzeichnet seit dem Schuljahr 1996/1997 leicht sinkende Schülerzahlen; dieser Trend hält bis zum Ende des Prognosezeitraumes an, es

bleibt aber bei der Dreizügigkeit. Es bestehen erhebliche Fehlflächen bei den Nebenräumen. Darüber hinaus fehlt der Musik – und der Mehrzweckraum. Der unterrichtlich für Hauptschulen sehr wichtige Hauswirtschaftsbereich wird zur Zeit nur eingeschränkt in der benachbarten Realschule Am Schießberg angeboten. Mittelfristig wäre im Grundsatz ein Erweiterungsbedarf gegeben. Aufgrund der rückläufigen Schülerzahlenprognose sollte jedoch die nächste Auswertung der Schülerzahlenfortschreibung abgewartet werden um zu sehen, ob eine Umnutzung evtl. frei werdender Schulräume Erweiterungsbedarfe ersetzen kann.

### **Haardter-Berg-Schule**

Die Haardter-Berg-Schule verzeichnet von Beginn der neunziger Jahre bis zum Schuljahr 1994/1995 sinkende Schülerzahlen. Seit dem Schuljahr 1994/1995 war eine konstante Schülerzahl zu verzeichnen. Mit dem Schuljahr 2001/2002 ist eine erhebliche Steigung der Schülerzahl eingetreten, die sich in den Folgejahren fortsetzen wird.

Ursächlich für diese anhaltende Steigerung ab dem Schuljahr 2001/2002 ist im Schwerpunkt die Schließung der Anne-Frank-Schule in Netphen-Dreis-Tiefenbach (siehe auch Hinweis im SEP 1998-2003). Mit dieser Schließung hat sich faktisch der Einzugsbereich um Bereiche aus Weidenau und Dreis-Tiefenbach erweitert, so dass mittelfristig eine Veränderung der Schule von der Zweizügigkeit auf die Dreizügigkeit ergibt. Die Schule war in Ihrer Grundausslegung dreizügig. In der Vergangenheit wurden nicht benötigte Räumlichkeiten an die Gesamthochschule/Universität Siegen vermietet bzw. dem Vormittagsbereich des Weiterbildungskollegs (früher Abendrealschule/Abendgymnasium der Stadt Siegen) überlassen. Diese Mitnutzungen werden Zug um Zug entsprechend dem Bedarf der Haardter-Berg-Schule aufgegeben werden müssen. Erstmals wurden 2 Räume zum Schuljahresbeginn 2001/2002 aus der Vermietung an die Gesamthochschule/Universität Siegen heraus genommen.

### **Winchenbachschule**

Die Schule verzeichnet seit Beginn der neunziger Jahre bis zum Schuljahr 2000/2001 ein leichtes Absinken der Schülerzahlen, allerdings steigen ab dem Schuljahr 2002/2003 die Schülerzahlen wieder an.

Trotz zeitweiser Unterschreitung der durchgehenden Zweizügigkeit in den Eingangsklassen 5 und 6 (§ 16 a Absatz 1 und 2 SchOG) erfüllt die Schule die Voraussetzungen für einen geordneten Schulbetrieb.

Die Winchenbachschule hat freie Raumkapazitäten. Diese werden zur Zeit dem städt. Weiterbildungskolleg (Abendrealschule/Abendgymnasium) als Teillösung für die dort fehlenden Räumlichkeiten im Vormittagsbereich überlassen (vgl. SEP 1998 – 2003 ; Ausführungen zur Abendschule).

Mittelfristig ist eine Entlastung der Albertus-Magnus-Schule (siehe dortige Ausführungen) über einen Neuzuschnitt der Einzugsbereiche denkbar.

### **Fazit zu Erweiterungsbedarfen:**

Die **Erweiterungsbauten** für die Hauptschulen

- ☛ Achenbach und
- ☛ Eiserfeld

müssen kurzfristig begonnen werden. Die Planungen sollten aus Personalkapazitätsgründen im Hochbaubereich in 2002 mit dem Erweiterungsbau für die Hauptschule Eiserfeld begonnen werden und ein Baubeginn dort für 2003 vorgesehen werden. Aufgrund der komplexeren Planungsanforderungen für die Hauptschule Achenbach (Grundstückszuschnitt, Überbauungen und umfangreichere Umnutzungen innerhalb des Bestandes) ist hier ein Baubeginn in 2004 anzustreben.

Die Fehlflächen der

- ☛ Geschwister-Scholl-Schule und der
- ☛ Albertus-Magnus-Schule

sind nicht kurzfristig zu beheben. Hier ist zunächst die weitere Schülerzahlenentwicklung abzuwarten bzw. notfalls mit Veränderungen der Einzugsbereiche Abhilfe zu schaffen.

Die

- ☛ Haardter-Berg-Schule

wird mittelfristig Dreizügig und entsprechend ihrem Raumprogramm genutzt.

Die

- ☛ Winchenbachschule

hat auch mittelfristig leichte Freikapazitäten, die jedoch als „Puffer“ für vorhandene Bedarfe (Weiterbildungskolleg) bzw. entstehende Bedarfe (Veränderung der Einzugsbereiche zugunsten einer gleichmäßigen Auslastung) benötigt werden.

### **III. Veranschlagung und Finanzierung:**

Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Zuge der Aufstellung des Haushaltsplans/Investitionsprogramms bedarfsgerecht anzumelden und entsprechend – bei Vermeidung einer Netto-Neuverschuldung- zu veranschlagen. Die Finanzierung erfolgt unter Anrechnung der „Investitionszuweisung nach GFG – Schulpauschale“.

Bei Verwendung der Schulpauschale für investive Ausgaben verringern sich zwangsläufig die Dispositionsmöglichkeiten bei der sachgerechten Verausgabung der Zuwendung für sonstige mögliche Zuwendungszwecke. So wird im Haushalt 2002 der überwiegende Teil der Schulpauschale dem Verwaltungshaushalt zugeführt und erhöht dort die Ausgabeansätze für die Schulbauunterhaltung. Diese Ausgabeermächtigungen müssten bei Veranschlagung der Schulbaumaßnahmen „Hauptschule Achenbach“ und Hauptschule Eiserfeld“ deutlich reduziert werden. Einzelheiten der Finanzierung müssen im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Haushalt/Investitionsprogramm festgelegt werden.

- Anlage 1: Zusammenstellung der Schülerzahlen der Hauptschulen nach Klassen und Jahrgangsstufen Schuljahr 2001/2002 und 2000/2001**
- Anlage 2: aktuelle Schülerzahlenprognosen und Raumprogramme je Hauptschule**
- Anlage 3: Raumprogramme der Hauptschulen Achenbach und Eiserfeld incl. Bauabsicht**
- Anlage 4: Kostenschätzungen**

## Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
4.017.000 Euro		4.017.000 Euro	Schulpauschale	<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

## Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2003 ff	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit Baukosten: 2.041.000 Achen- bach 1.611.000 Eiser- feld Einrich- tung: 204.000 A- chenbach 161.000 Ei- serfeld	Haushaltsstelle Baukosten: 1.215.94... Ei- nrichtung: 1.215.935.
---	-----------------------------------	--	--	--

In Vertretung

gesehen:

Dr. Rohr  
StadtratUlf Stötzel  
Bürgermeister

Anlagen: 4